

IRS engagiert sich in Leibniz-Lab zu Umbrüchen

Leibniz-Labs sind ein neues Instrument der Forschungsorganisation. Sie zielen darauf ab, das umfangreiche Wissen der beteiligten Leibniz-Institute zusammenzubringen, um gemeinsam Beiträge zur Lösung drängender gesellschaftlicher Probleme zu leisten und diese für verschiedenste Zielgruppen zugänglich zu machen. In der ersten Förderrunde hat die Leibniz-Gemeinschaft im März 2024 drei Labs zur Förderung ausgewählt: „Pandemic Preparedness“, „Systemische Nachhaltigkeit“ und „Umbrüche und Transformationen“. Das IRS beteiligt sich als eine von 28 Einrichtungen am Lab „Umbrüche und Transformationen“. Es untersucht den gesellschaftlichen Umgang mit plötzlichen, grundlegenden Umbrüchen.

Das Format des Leibniz-Labs ist darauf angelegt, die inter- und transdisziplinären Erfahrungen, Kompetenzen und Potenziale der Leibniz-Gemeinschaft bestmöglich zu nutzen und dazu ihre vielfältigen Wissensbestände zu integrieren.

Dabei binden die Labs Stakeholder aus Gesellschaft, Politik und Wirtschaft ein. Ziel ist die Entwicklung innovativer und experimenteller Foren und Formate für den Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. Das Leibniz-Lab „Umbrüche und Transformationen“ hat drei Schwerpunkte:

- der rasante gesellschaftliche Umbau nach dem Ende des Kalten Krieges seit 1989, insbesondere in den postsozialistischen Gesellschaften;
- die gesellschaftlichen Herausforderungen im Zuge der Globalisierung, wie damit verbundene Umbrüche im Bereich der Ökonomie, Kommunikation/Digitalisierung, Migration, Bildung und Politik;
- gegenwärtige Herausforderungen durch Klimawandel und Ressourcenschutz, die mit Vorstellungen einer gesamtgesellschaftlichen („sozial-ökologischen“) Transformation zur Nachhaltigkeit verhandelt werden.

Die drei Schwerpunkte werden nicht getrennt voneinander untersucht. Vielmehr dient das Ende des Kalten Krieges als historischer Referenzfall für eine komplexe Umbruchsituation, in der verschiedene Prozesse – politische und gesellschaftliche Transformation, wirtschaftliche Krise und Neuorientierung, neue Migrationsbewegungen – ineinandergreifen. Unter Rückgriff auf historische Erfahrungen stellt das Lab den Umgang gesellschaftlicher Akteure mit Umbrüchen und Transformationen ins Zentrum seiner Arbeit.

Das Lab wird mit insgesamt drei Millionen Euro über eine Laufzeit von drei Jahren gefördert. Die beteiligten Einrichtungen können damit neue Transfervorhaben entwickeln und umsetzen. Das Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) in Leipzig und das Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam übernehmen die Koordination des Labs.



Prof. Dr. Oliver Ibert

Projekt zur Geschichte des Statistischen Bundesamts

Im Projekt „GeStat – wie die Vergangenheit zählt“ erforscht der Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“ des IRS seit Juli 2024 gemeinsam mit dem Statistischen Bundesamt die Geschichte der Behörde. Die Initiative dazu ging vom Statistischen Bundesamt aus, wo es seit längerem Bemühungen gibt, die eigene Geschichte aufzuarbeiten. Die Forschung erfolgt im engen Dialog mit Mitarbeiter*innen der Behörde. Auf IRS-Seite ist auch der Bereich „Wissenschaftsunterstützung und Kommunikation“ beteiligt. Die Projektleitung liegt bei Forschungsschwerpunkt-leiterin Kerstin Brückweh.

Den Ausgangspunkt für die Analyse bilden dabei die 1980er-Jahre: Der Volkszählungsboykott, dessen Protagonistinnen und Protagonisten sich nicht zuletzt auf den Umgang mit statistischen Daten im Nationalsozialismus bezogen, und die anschließende grundlegende Rechtsprechung zum Datenschutz fielen in diese Zeit. Auch entwickelte sich

in Westdeutschland ein breiteres, gesellschaftliches Interesse an der Geschichte des Nationalsozialismus und ihren Auswirkungen auf die Bundesrepublik mit personellen Kontinuitäten und politischen Vorbelastungen. Zeitlich fiel dies mit dem beginnenden Ende der DDR zusammen. Die teilweise Integration des Personals aus der DDR in den Bundesdienst in den 1990er-Jahren überschneidet sich somit mit der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Aufarbeitung wurde vor allem ab 2005 vermehrt auch von Behörden für ihre je eigene Geschichte betrieben, wobei das Statistische Bundesamt schon in den 1990ern die Rolle der Bevölkerungsstatistik im Nationalsozialismus von der Historikerin Jutta Wietog erforschen ließ. Auch hier zeigte sich die Bedeutung der parallelen zeitlichen Entwicklungen von NS-Aufarbeitung und Ende der DDR: Denn der Auftrag an Wietog war mit der Hoffnung verbunden, dass sich in den Archiven der ehemaligen DDR weitere Akten finden würden.

Dadurch kam es zur auch für andere Bereiche typischen Verflechtung eigentlich getrennter vergangenheitspolitischer Diskurse, was sich – so eine These des GeStat-Projektes – auf den Umgang mit der ehemaligen DDR auswirkte. Die Beteiligung der Mitarbeitenden des Statistischen Bundesamtes ist ein wichtiger Baustein der Forschung. Sie werden kontinuierlich über das Projekt informiert und in den Forschungsprozess einbezogen. Die Wissenschaftskommunikation des IRS unterstützt die umfassende interne Kommunikation des Projekts durch das Statistische Bundesamt, die auch Citizen Science-Ansätze einschließt.

Das Projekt „GeStat – wie die Vergangenheit zählt“ wird vom Statistischen Bundesamt finanziert. Es läuft von Juli 2024 bis Juni 2028.



Prof. Dr. Kerstin Brückweh
Veronika Stumpf

Studie zu Engagementförderung

Hohe Einsatzbereitschaft, schwierige Bedingungen

Zivilgesellschaftliches Engagement findet vor Ort statt und adressiert vielfach lokale und regionale Anliegen. Die Kommunen wissen um die Bedeutung ihrer Vereine und Initiativen und unterstützen diese auf ganz unterschiedliche Weise. In der Engagementforschung wurde der Bedeutung kommunaler Engagementförderung jedoch bislang nur wenig Beachtung geschenkt. Nun liegen erste Befunde des am IRS bearbeiteten Projekts „Kommunale Engagementförderung“ vor, das die kommunale Förderpraxis untersucht. Sie zeigen, dass sich kaum eine Kommune dieser freiwilligen Aufgabe entzieht. Der Professionalisierungsgrad und die eingesetzten Mittel unterscheiden sich jedoch beträchtlich.

Vor allem die kreisfreien Großstädte und Stadtstaaten setzen für diese Aufgabe umfangreiche Ressourcen ein. Viele unterhalten eigene Stabsstellen, haben Engagementstrategien entwickelt, bieten Fördermittel, Räumlichkeiten und organisieren Freiwilligenbörsen. Durch ihre geringere Finanzausstattung können kreisangehörige Städte und Gemeinden hier weniger mithalten. Dessen ungeachtet sind die Vereine und Initiativen für die Verantwortlichen in Mittel- und Kleinstädten von ganz besonderer Bedeutung. Für die Bürger-

meister*innen sind sie wichtige zivilgesellschaftliche Ansprechpartner und politische Korrektive. Gerade in diesen Orten leisten Vereine und Initiativen auch einen Beitrag zur Daseinsvorsorge, wenngleich den Beteiligten klar ist, dass Engagement und Ehrenamt komplementär zur staatlichen Leistungserbringung wirksam werden und diese nicht ersetzen sollte.

„Die Forschungsergebnisse zeigen aber auch, dass die Unterstützung von Engagement und Ehrenamt weniger wirksam ist als sie es sein könnte“, stellt IRS-Projektleiter Ralph Richter fest. Die kommunalen Engagementexpert*innen beklagen einen Fördermittelschmelze, eine gestiegene Komplexität von Antragsverfahren, eine überhandnehmende Bürokratie und Haftungsrisiken. Letztere führten zu einer abnehmenden Bereitschaft, in Vereinen Vorstandspositionen zu übernehmen. Nicht die Nachwuchsgewinnung sei für viele Vereine das Hauptproblem, sondern das Zurückschrecken der Mitglieder vor der Übernahme verantwortlicher Positionen. Dazu passt ein weiterer interessanter Befund: „Wir beobachten einen Wandel in der Art des Engagements. Die Engagementbereitschaft ändert sich in der Summe zwar nicht, aber an die Stelle fester Vereinsbindung rücken

teilweise eher projektbezogene, weniger verbindliche Formen des Engagements“, so Richter weiter.

Diese und weitere Befunde werden für eine Publikation aufbereitet, die voraussichtlich im November 2024 erscheinen wird. Auftraggeber des Projektes, an dem neben dem IRS auch der Thinktank neuland21 mitarbeitet, ist die Deutsche Stiftung Engagement und Ehrenamt (DSEE). Grundlage der Studie ist eine deutschlandweite standardisierte Befragung unter fast 11.000 Kommunen. Als weitere Transferformate sind ein Podcast sowie die Präsentation in der DSEE-Veranstaltungsreihe #EngagiertGeforscht geplant. Das IRS knüpft mit der Projektbeteiligung an Arbeiten zur Digitalisierung im ländlichen Ehrenamt sowie insgesamt an die bestehende Engagement- und Partizipationsforschung an.



Klimapioniere in „abgehängten“ Orten

Kommunalverwaltungen spielen zunehmend eine wichtige Rolle bei der Bewältigung des Klimawandels. Die Forschung zu kommunalen Klimapolitiken hat sich bisher jedoch zumeist auf größere oder international sichtbare Städte konzentriert. Kleinere und weniger ressourcenstarke Kommunen und ihre Verwaltungen wurden in der Forschung weitgehend vernachlässigt, insbesondere strukturell benachteiligte und „abgehängte“ Orte.

Das Projekt „Unlikely Climate Pioneers: Local Governments' Net Zero Actions in Left Behind Places in the UK and Germany“ will diese Lücke schließen. Es nimmt klimabezogene Aktivitäten benachteiligter Kommunalverwaltungen im Vereinigten Königreich und in Deutschland international vergleichend in den Blick. Konkret verfolgt das

Projekt drei Ziele: Es soll „Unlikely Pioneers“, also Kommunen oder Landkreise, die unter schwierigen strukturellen Rahmenbedingungen klimapolitische Erfolge erzielen konnten, identifizieren. Es soll Schlüsselfaktoren, die ihre Vorreiterrolle erklären, bewerten. Und schließlich soll es diese Faktoren in beiden untersuchten Ländern miteinander vergleichen.

Das Projekt geht von der Überlegung aus, dass die Strategien und Initiativen, die in strukturell benachteiligten Kommunen erfolgreich waren, breiter anwendbar sind als solche, die in klassischen Vorreiterkommunen unter eher privilegierten Bedingungen entstanden sind. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen weit verbreitet werden, um Praxisakteur*innen in Kommunen bei ihren

eigenen Klimaaktivitäten zu unterstützen und zu ermutigen. Die Leitung des Projekts am IRS liegt bei Wolfgang Haupt, Leiter der Forschungsgruppe „Urbane Nachhaltigkeitstransformationen“.

Das Projekt wird von der British Academy über einen Leverhulme Small Research Grant gefördert. Es startete Ende September 2024 und läuft bis August 2026.

